

Die Klimakrise findet zwischen Bankentürmen statt: erste bundesweite FFF-Demo gegen Kapitalismus

geschrieben von AR Göhring | 16. August 2021

von AR Göhring

Die erste bundesweite Fridays-for-future-Demonstration seit fast einem Jahr in Frankfurt geriet zum klassisch links-antikapitalistischen Event. Die Innenstadt war den ganzen Tag unpassierbar.

Ein Leser wies uns auf den wohlwollenden FR-Artikel zur bundesweiten FFF-Demo hin (danke von hier). Die Organisation nannte 15.000 Teilnehmer; die Polizei hingegen nur 4.500 maximal. Demonstranten waren wie gewohnt junge Menschen; höhere Töchter und Söhne.

Der Ort der Veranstaltung gab den inhaltlichen Tenor vor. Zitat Sprecherin Annika Rittmann:

„Der Finanzsektor in Frankfurt finanziert aktiv die Klimakrise und verkauft unsere Zukunft. Die Auswirkungen dessen sind gerade im globalen Süden schon jetzt katastrophal.“

Daher brauche es eine demokratische Kontrolle des Finanzsektors. Gut – da kann ich nur zustimmen. Immer, wenn eine (reiche) Organisation unkontrolliert, zum Beispiel konkurrenzlos, agieren kann, versucht sie, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Das gilt in gewissem Maße für die Finanzwelt; noch viel mehr aber für die seit 30 Jahren explodierende NGO-Industrie der westlichen Länder, in der vor allem die höheren Töchter und Söhne arbeiten.

Hauptproblem der westlichen Länder sind nicht die kapitalistischen Finanzeliten, sondern der Staat-NGO-Komplex, der das Steuergeld zum Fenster herauswirft; zum Beispiel für die Immigrations-Sozialindustrie, Energiewende oder Genderindustrie. Daß die Altersrenten schon zum Gutteil auf Hartz4-Niveau abgesackt sind, und immer mehr Menschen Flaschen und Dosen sammeln (in den 90ern noch eine Skurril-Nachricht aus New York), das interessiert die NGOs ebenso wenig wie der chronische Pflegenotstand.

„Jemand hat mal gesagt, es ist leichter, sich das Ende der Welt, als sich das Ende des Kapitalismus vorzustellen.“

Stattdessen wollen die Klimaschützer in Frankfurt lieber die Marktwirtschaft abschaffen; zumindest den Finanzsektor, weil der „fossile“ Projekte unterstützt. „Fossil“ ist so ein Modewort der FFFler geworden, weil es nach Vergangenheit klingt, die man überwinden muß; wie die Dinosaurier: „fossilkapitalistische Konzerne“ (Lilith Rein, FFF Berlin), „Das fossile Patriarchat wirkt leicht überfordert.“ (Luisa Neubauer).

Hier kommt also wieder einmal das Prinzip des „Intersektionalismus“ zur Anwendung – die Schnittmengenbildung. Zwei nichts miteinander zu tun habende Themen werden vermengt, und so eine scheinbar neue Argumentation geschaffen. Konstant bleibt aber der Antikapitalismus – das ist in Frankfurt am Main schon seit 1967/68 so.

Die sozialistische Intention wird also einfach immer nur mit neuem Etikett verkauft. Was nützt den Elitenkindern, damals wie heute, eigentlich die Abschaffung des Systems, das ihnen am meisten nutzt? Ganz einfach: Die wollen ihr Leben optimieren und nicht zum Beispiel sechs Jahre schweißtreibend Medizin studieren und dann 30 Jahre hart arbeiten. Lieber den Doktor in „Klimapolitik“ machen wie die anwesende Aktivistin Didem Aydurmus, und dann von Spenden und „Staatsknete“ leben.

Die Anwalts- und Ärzte-Kinder blieben die meiste Zeit gegenüber der Polizei recht folgsam; nur am Ende klettern einige Teilnehmer auf ein Gerüst, kneten ein Transpi dran und zündeten grüne Nebelkerzen an. Ich hoffe, die waren klimaneutral.